

Klaus Schroeder

Das neue Deutschland

Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört

wjs Verlag, Berlin 2010

Kurzzusammenfassung

Die Mauer fiel, die Einheit kam – unverhofft und schnell, herbeigesehnt oder befürchtet. In den turbulenten Monaten im Spätherbst des Jahres 1989 stürzte gleichsam über Nacht zusammen, was seit 1945 Bestand hatte. Das Freiheitsstreben der aus dem sowjetischen Imperium drängenden ost- und mitteleuropäischen Länder brachte auch Deutschland die Einheit in Freiheit.

Nach der Wiedervereinigung vollzogen sich durch den von der Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl eingeschlagenen konsumorientierten Vereinigungspfad, der zwangsläufig gewaltige finanzielle Transfers von West nach Ost voraussetzte, materielle und soziale Angleichungsprozesse in atemberaubender Geschwindigkeit, die kein wirtschaftliches Fundament hatten.

Heute könnte das vereinte Deutschland seine Kraft aus politischer und kultureller Vielfalt bei institutioneller Einheit ziehen. Hierzu gehören auch eine im Kern gemeinsame Identität, der Bezug auf gemeinsame Werte und ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Insbesondere an diesen substanziellen Grundlagen scheint es allerdings in Deutschland zu mangeln.

Der Wohlstandssprung

Nach dem Fall der Mauer waren die meisten Ostdeutschen zwar kurzzeitig glücklicher als ihre westdeutschen Brüder und Schwestern, als Folge jahrzehntelanger sozialistischer Misswirtschaft aber materiell auch ärmer. Ihre Haushaltseinkommen waren nicht einmal halb so hoch wie die der Westdeutschen, ihre Vermögen erreichten sogar nur etwa ein Fünftel des westdeutschen Niveaus. Ihre Wohnungen waren deutlich kleiner und spartanischer ausgestattet, ihre Arbeits- und Lebenswelt von veralteten Produktionsanlagen, katastrophalen Umweltbedingungen und unzureichender Infrastruktur geprägt. Aufgrund der niedrigen Arbeitsproduktivität der zentralistischen Planwirtschaft – sie lag bei nicht einmal 30 % des Westniveaus – war die Jahresarbeitszeit der Werktätigen in der DDR um etwa 10 % höher als in der Bundesrepublik.

Bereits Mitte der neunziger Jahre erzielten ostdeutsche Haushalte dank umfangreicher Transferzahlungen real zwischen 80 % und 90 % der westdeut-

schen Einkommen. Seitdem ist der Abstand in etwa gleich geblieben. Binnen weniger Jahre vollzog sich die Angleichung des Wohlstands; bis Mitte der neunziger Jahre holten ostdeutsche Haushalte den Rückstand bei langlebigen Konsumgütern auf. Auch Reiseausgaben und -verhalten sowie Wohnverhältnisse glichen sich weitgehend an. Die Wohlstandsunterschiede innerhalb des Westens sind deutlich höher als die zwischen Ost und West, denn der Wohlstand in Westdeutschland war – was viele Ostdeutsche nicht wissen – schon immer regional ungleich verteilt.

Zu den materiellen Gewinnern der Einheit zählen vor allem die ostdeutschen Rentner, deren durchschnittliche Altersrente sich zwischen 1988/89 und 1999 nominal in etwa vervierfachte. Auch die Geldvermögen entwickelten sich explosionsartig. Die auf knapp einem Fünftel des Westniveaus gestarteten ostdeutschen Haushalte erreichten schon acht Jahre später gut 42 % und liegen heute bei etwa 54 % des westdeutschen Durchschnitts. Werden noch die kapitalisierten Ansprüche an die Rentenkassen mitberücksichtigt, erreichten ostdeutsche Arbeitnehmer kurz nach der Jahrtausendwende – je nach Alter und Geschlecht – zwischen knapp 64 % und gut 95 % des westdeutschen Durchschnitts beim Gesamtvermögen.

Die historisch beispiellose Wohlstandsexplosion verdankt sich zum einen der gewaltigen Auf- und Umbauleistung ostdeutscher Unternehmer und Arbeitnehmer, zum anderen aber auch massiven Transferzahlungen aus dem Westen, vor allem im sozialen Bereich. Bisher dürften insgesamt etwa 2 Billionen Euro brutto und 1,6 Billionen Euro netto von West nach Ost geflossen sein. Auf unabsehbare Zeit werden weiterhin mindestens 100 Mrd. Euro jährlich in die neuen Länder transferiert werden müssen. Angesichts der Tatsache, dass die Ostdeutschen – nicht nur materiell – die Hauptlast des gemeinsam verschuldeten und verlorenen letzten Weltkrieges tragen mussten, können diese Transferleistungen als eine Art „ausgleichender Gerechtigkeit“ betrachtet werden.

Binnen weniger Jahre wurden viele ruinöse Hinterlassenschaften des SED-Staates beseitigt. Die zum wirtschaftlichen Vorteil ausgebeutete Umwelt wurde erfolgreich saniert, die räumliche und technische Infrastruktur modernisiert. Viele Innenstädte konnten vor dem endgültigen Zerfall bewahrt, das Gesundheitswesen auf den neuesten Stand gebracht und die Ernährungssituation verbessert werden. Infolgedessen stieg die Lebenserwartung der Ostdeutschen in den letzten zwanzig Jahren um gut fünf Jahre an und erreichte fast das West-Niveau.

Obwohl die genannten Zahlen für sich sprechen, begreifen viele Ostdeutsche diese Entwicklung nicht als Gewinn, sondern haben offenbar die Ausgangslage 1989/90 weitgehend vergessen und gleichzeitig ihre Ansprüche erhöht. Nicht das bereits Erreichte, sondern die noch verbliebene Differenz zum Westen ist zu ihrem Bewertungsmaßstab geworden.

Selbstbilder und Fremdwahrnehmungen

Die Prägungen in unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Systemen wirken bis zum heutigen Tag, und zwar stärker als zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung angenommen. Mehrheiten in Ost und West glauben weiterhin, dass sich die Menschen in beiden Landesteilen insbesondere in dem unterscheiden, was sie im Leben für wichtig halten, welche Mentalität sie haben und wie sie denken und fühlen.

In der Selbstbeurteilung sind nach wie vor Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen erstaunlich ausgeprägt. Die ehemaligen DDR-Bewohner schreiben sich und ihren „Leidensgenossen“ vor allem positive Eigenschaften zu und bewerten sich als sozial eingestellt, gefühlsstark, fleißig, friedfertig und engagiert. Die Westdeutschen dagegen beurteilen sich zwar ebenfalls durchaus positiv (z.B. selbstbewusst, entscheidungsfreudig), aber auch wesentlich selbstkritischer, und bestätigen zum Teil die ihnen von Ostdeutschen zugeschriebenen negativen Eigenschaften, überheblich, machtgierig, ehrgeizig und arrogant zu sein. Sie sehen die Ostdeutschen in einem eher milden Licht und stufen sie vor allem als hilfsbereit, freundlich, ehrlich, gescheit und zuverlässig, aber auch als unzufrieden, ängstlich und bequem ein. Deutlich wird die Gruppenspezifität dieser Zuschreibungen, wenn sich viele Ostdeutsche für ehrlich halten, aber nur die Wenigsten den Westdeutschen das Gleiche zubilligen. Die Bewohner der alten Länder wiederum gestehen ihre eigenen positiven Eigenschaften den neuen Bundesbürgern nicht zu.

Die wechselseitigen Vorurteile können sich nur dann reduzieren, wenn sich die Menschen näher kennenlernen. Doch auch zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung begegnen sich die Deutschen noch recht selten. Vor allem Westdeutsche zeigen sich gegenüber ihren ostdeutschen Landsleuten ignorant. Viele von ihnen betrachten sich persönlich als Sieger der Geschichte und die Ostdeutschen als Verlierer. Sie schreiben die Überlegenheit des westlichen Systems ihrem eigenen Engagement und ihrer individuellen Arbeitsleistung zu. Für die weiterhin bestehenden Wirtschaftsprobleme führen sie als Grund die unzureichende Arbeitsmotivation der Ostdeutschen an. Vor diesem Hintergrund lebt für Ost- und Westdeutsche das gewohnte Bild vom „reichen Wessi“ fort, der mitleidig auf den „armen Verwandten“ aus dem Osten herabsieht, sich dabei aber heute über die viel höheren Kosten der Verwandtschaftspflege ärgern muss.

Die ausbleibende Anerkennung durch Westdeutsche verstärkt den in Ostdeutschland zu beobachtenden Trend der Über- und Unteranpassung. Während sich die einen so verhalten, wie sie sich den typischen Westdeutschen denken – oberflächlich, materialistisch, ellenbogenfixiert –, ignorieren andere die neuen kulturellen Codes und benehmen sich so, als ob die DDR fortbestünde. Kulturelle Gegensätze und politische Grundauffassungen scheinen sich in den neuen Ländern insofern unversöhnlicher gegenüberzustehen als in West-

deutschland, wo Verschiedenheiten im pluralistischen Vielerlei ohnehin nicht auffallen.

Die gespaltene Bewertung von Staat und Wirtschaft

Spätestens seit Mitte der sechziger Jahre setzt die Mehrheit der Westdeutschen großes Vertrauen in ihr Gesellschaftssystem, wobei Demokratie und Marktwirtschaft bis Ende der achtziger Jahre gleichermaßen hohe Zustimmung fanden. Nach den mit der Wiedervereinigung einhergehenden Umverteilungsprozessen sank jedoch die Zufriedenheit mit der Demokratie, auch wenn die grundsätzliche Zustimmung erhalten blieb.

Viele Ostdeutsche sind nach wie vor ungeübt im Mit- und Gegeneinander einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft. Der Wettbewerb von Ideen, politischen Richtungen, sozialen Interessen et cetera erscheint ihnen als zerstörerisches Element in einer unübersichtlichen Gesellschaft. Sie hegen den Wunsch nach einem starken Staat, nach einer Instanz, die oben und unten, richtig und falsch, gut und böse vorgibt. Zwar favorisieren sie – ebenso wie eine sehr breite Mehrheit der Westdeutschen – die Demokratie als politisches Prinzip, äußern sich aber sehr skeptisch gegenüber der praktizierten parlamentarischen Demokratie.

In der Kritik einer Mehrheit in beiden Landesteilen steht vor allem das Wirtschaftssystem: Nur noch knapp die Hälfte der Westdeutschen und gut ein Viertel der Ostdeutschen halten die Marktwirtschaft für das beste Wirtschaftssystem. Mit dieser Skepsis korrespondiert ein steigender Anteil derjenigen, die den Sozialismus für eine gute Idee halten, die nur schlecht ausgeführt wurde.

Über die vergangenen zwanzig Jahre hinweg hat sich bei den Deutschen in Ost und West eine unterschiedliche Einschätzung des Staates und seiner Aufgaben gehalten. Trotz des kläglichen Scheiterns des Staatssozialismus in der DDR erwarten Ostdeutsche mit großer Mehrheit, dass sich der Staat möglichst umfassend um die Bürger kümmern und tief in die Wirtschaft eingreifen soll. Die Umverteilungsdimension des Staates wird dagegen von alten und neuen Bundesbürgern, jedenfalls nach der Jahrtausendwende, ähnlich gesehen. Eine relative Mehrheit geht davon aus, dass der Wohlstand in einem Staat, der stark in die Wirtschaft eingreift, größer ist als in einer Gesellschaft, in der sich der Staat weitgehend aus dem Wirtschaftsprozess heraushält. Selbstredend wird dem intervenierenden Staat mehr Gerechtigkeit zugesprochen.

Die politische und wirtschaftliche Ordnung betrachten viele neue Bundesbürger wesentlich häufiger als ihre Brüder und Schwestern aus dem Westen als zwei Seiten derselben Medaille. Demokratie und Freiheit werden von ihnen nicht als Werte an sich, sondern immer im Zusammenhang mit der Wohlstandsentwicklung gesehen. Diese Haltung prägte auch viele Westdeutsche bis weit in die sechziger Jahre hinein: Der einsetzende Wohlstand für alle und der Ausbau des Sozialstaates verstärkten das Vertrauen in die politische Ordnung. Inzwischen

favorisiert eine – wenn auch abnehmende – absolute Mehrheit der Westdeutschen das demokratische Gesellschaftsmodell selbst bei stagnierendem (individuellen) Wohlstand. Anders als ihre ostdeutschen Landsleute rechnen die meisten allerdings nicht mit dem Untergang ihres Staates. Viele Ostdeutsche äußerten dagegen gerade angesichts der Finanzkrise die Befürchtung, die bei nicht wenigen vielleicht eher eine Hoffnung war, das System sei an seine Grenzen gestoßen.

Der nostalgische Blick auf die Zeit der Teilung

Zwar näherten sich nach der Vereinigung die systembedingt unterschiedlichen Geschichtsbilder an, doch beurteilen Ost und West insbesondere die DDR und ihre Einordnung in die deutsche Geschichte nach wie vor sehr unterschiedlich. Während eine breite Mehrheit der Westdeutschen vor dem Hintergrund eines mehr oder weniger bewussten antitotalitären bzw. antidiktatorischen Grundverständnisses den SED-Staat vor allem als Diktatur sieht und das System verurteilt, neigt eine Mehrheit der Ostdeutschen zu einer wohlwollenden Betrachtung, die das Schwergewicht auf das eigene Leben und seine Alltagserfahrungen legt.

Wer der DDR mehr oder weniger wohlgesinnt ist, argumentiert oder polemisiert zumeist unter Bezug auf verschiedene, teils getrennte, teils verknüpfte Aspekte. Dem Westen wird vorgeworfen, von Beginn der Teilung an alles getan zu haben, die DDR zu schwächen. Vor allem Adenauer habe die deutsche Einheit verhindert und die DDR schlecht geredet. Die Wiedervereinigung wird als Kolonialisierungsprozess beschrieben und als Negativfolie für das (positive) Urteil über die DDR benutzt.

Doch die in den Köpfen vieler Ostdeutscher vorhandene DDR ist nicht so, wie sie wirklich war. Diese DDR ist im Nachhinein konstruiert und wird auf eine idealisierte soziale Dimension reduziert. Die reale DDR wünscht sich nur eine Minderheit von höchstens 10 % bis 15 % der Ostdeutschen zurück. Die anderen träumen von einem „dritten Weg“, in dem die (vermeintlich) positiven Seiten der DDR Berücksichtigung finden.

Trotz der nostalgischen Verklärung der DDR betrachtet eine breite Mehrheit der Ostdeutschen die Zeit nach der Wiedervereinigung als die beste ihres Lebens. Anders fällt die Wahrnehmung der Westdeutschen aus: Die Zeit vor 1990 wird als schöner empfunden. Die Westalgie übertrifft insofern – öffentlich kaum wahrgenommen – die Ostalgie.

Viele Ostdeutsche differenzieren nicht zwischen dem System – der sozialistischen Diktatur – und ihrem eigenen Leben in der DDR, sondern empfinden jede Kritik am System als eine Herabwürdigung ihres eigenen Lebens. Dadurch wird die Verteidigung der individuellen Lebenswelt gleichsam automatisch zu einer Rechtfertigung der sozialistischen Diktatur. Doch nur wenn sowohl die sozialis-

tische Diktatur delegitimiert wird als auch die Westdeutschen einsehen, dass ihre Gesellschaftsordnung zwar der sozialistischen überlegen war, gleichwohl aber reformbedürftig war und ist, können sich die Menschen in Ost und West mit dem heutigen Gesellschaftsmodell identifizieren, seine Weiterentwicklung als gemeinsames Projekt begreifen und Ost und West zusammenwachsen.

Das neue Deutschland

Mit Geld lässt sich zwar vieles, aber nicht alles bewerkstelligen. Das zeigen die anhaltenden und leider weiter zunehmenden Differenzen zwischen Ost und West deutlich. Finanzielle Solidarität ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für das Zusammenwachsen. Auch nach zwanzig Jahren staatlicher Einheit fehlt es an einer gemeinsamen Identität. Dabei könnten die Deutschen auf das nach der Vereinigung Geschaffene in Ost und West mit Recht stolz sein. Sie haben erreicht, was kaum noch für möglich gehalten wurde: Deutschland hat sich friedlich und in Freiheit vereint und bisher keine Großmachttallüren gezeigt.

Die Tür zur deutschen Vereinigung – und dies haben viele schon vergessen – konnte die ostdeutsche Bevölkerung im Herbst 1989 aus eigener Kraft aufstoßen. Wie schon am 17. Juni 1953 wandte sie sich gegen die sozialistische Diktatur. Doch diesmal gelang es, die Herrschenden und ihre Diktatur zu stürzen. Die Menschen forderten das Recht auf Selbstbestimmung und eine Mehrheit votierte für eine schnelle Wiedervereinigung. Dieser „Glücksfall der Geschichte“ – die Wiedervereinigung Deutschlands unter freiheitlichen und demokratischen Vorzeichen – darf nicht durch Verteilungsstreitigkeiten oder nostalgisch eingefärbte Rückblicke überdeckt werden. Um die derzeit noch fortbestehenden Gräben zwischen Ost und West in erfahrungs- und systemgeprägten Mentalitäten und Werten zuzuschütten, müssen – solange diese nicht an den Grundfesten einer freiheitlichen Gesellschaft rütteln – andere Erfahrungen und Einstellungen akzeptiert werden. Gegenseitiges Verständnis setzt zunächst die Bereitschaft voraus, den Anderen zu verstehen und sich gemeinsam für den Fortbestand einer freiheitlich-demokratischen Ordnung einzusetzen. An beidem mangelt es zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung in Ost und West noch. Es kann nur zusammenwachsen, was zusammengehören will!

Klaus Schroeder leitet an der Freien Universität Berlin den Forschungsverbund SED-Staat und ist Professor am Otto-Suhr-Institut.